

Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/09/2007

über die öffentliche Sitzung am 11.12.2007,
Bruno-Bröker-Haus, Sitzungssaal

Beginn : 19:30 Uhr
Ende : 22:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Doris Brandt

Stadtverordnete

Herr Horst Aschmann i. V. f. BM Kosczowsky-Thiel
Herr Johan von Hülsen
Frau Petra Wilmer

Bürgerliche Mitglieder

Frau Nina Holers
Herr Henning Koeppe

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Karina Krasnicka Kinder- und Jugendbeirat
Frau Sabine Schwarz Seniorenbeirat

Sonstige, Gäste

Herr Stefan Dzyk FD-Leiter Familie und Schule des
Kreises Stormarn
Herr Hermannsen Lebenshilfewerk Stormarn
gGmbH
Frau Irene Hofmann Leitung Peter-Rantzau-Haus
Herr Ide Selbsthilfegruppe Ahrensburg
Morbus Bechterew
Frau Keil Beiratsvorsitzende der Kita Zau-
berredder
Frau Niquet Vorsitzende Verein Tagesmütter
und -väter

Verwaltung

Herr Hanno Krause FBL III
Frau Petra Haebenbrock-Sommer FDL III.4
Herr Frank Ropers FDL III.3
Frau Cornelia Heitmann FDL III.2
Herr Bernd Meyerink Leiter Jugendzentrum BBH

Frau Gutzeit
Frau Anja Gust

Mitarbeiterin Jugendzentrum BBH
Protokollführerin

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Frau Annika Korts
Herr Jörn Schade
Herr Gerald Wittkamp

Bürgerliche Mitglieder

Frau Manuela Kosczowsky-Thiel
Herr Ingo Rolke

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Besichtigung des Bruno-Bröker-Hauses
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Genehmigung des Protokolls Nr. 8/2007 vom 13.11.2007
6. Änderung der Betriebsvereinbarung für die Kindertagesstätte Zauberredder **2007/150**
- Antrag der Lebenshilfe -
7. Peter-Rantzau-Haus **2007/148**
- Abrechnung 2006
- Zwischenbericht 2007/Haushaltsplan 2008
8. Förderung der Beratungsstelle PRO FAMILIA in Ahrensburg **2007/124**
9. Antrag auf Bezuschussung der Raumnutzungskosten im Peter-Rantzau-Haus für die Morbus Bechterewgruppe in Ahrensburg **2007/151**
10. Jugendplan der Stadt Ahrensburg **2007/105/1**
- Sachstand, Ziele und Perspektiven der städtischen und städtisch geförderten Kinder- und Jugendarbeit
11. Anträge des Kinder- und Jugendbeirates aus dem Projekt Jugend im Rathaus **2007/152**
- Sachstand -
12. Erlass der Haushaltssatzung 2008 für das Haushaltsjahr 2008 **2007/115**
- Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts -
13. Finanzplanung und Investitionsprogramm 2007 - 2011 **2007/116**
14. Verschiedenes
- 14.1. Termin zum Koordinationsgespräch der Altenplanung
- 14.2. Rundgang Bruno-Bröker-Haus
- 14.3. Zum Jahresschluss

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Brandt begrüßt Mitglieder und Gäste des Sozialausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 Besichtigung des Bruno-Bröker-Hauses

Herr Meyering und Frau Gutzeit führen die Anwesenden in zwei Gruppen durch das Bruno-Bröker-Haus und erläutern das Freizeit- und Hilfeangebot für Kinder und Jugendliche, die dieses Haus besuchen.

Die Sozialausschussmitglieder nehmen die Vielfalt und Vielzahl der täglichen Besucher zur Kenntnis.

3 Einwohnerfragestunde

Frau Keil, Beiratsvorsitzende in der Kindertagesstätte Zauberredder, appelliert an die Mitglieder des Sozialausschusses, sich für die beantragte Containerlösung und somit der 4. Integrationsgruppe in der Kindertagesstätte Zauberredder zu entscheiden.

4 Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird um den Tagesordnungspunkt 5 „Genehmigung des Protokolls Nr. 8 vom 13.11.2007“ erweitert. Alle übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich jeweils um eine laufende Nummerierung.

Die Tagesordnung ist genehmigt.

5 Genehmigung des Protokolls Nr. 8/2007 vom 13.11.2007

Herr Ropers berichtet zum Protokoll auf Seite 20, TOP 10, dass bei der HHSt. 4604.5621 der letzte Satz wie folgt heißen muss:

Weitere 2.200 Euro werden für die Fortbildung der Mitarbeiter zur Qualitätssteigerung benötigt.

Und bei der HHST. 4608.6521 der letzte Satz wie folgt heißen muss:

Eine Flatrate, die alle Mobilfunknetze umfasst ist teurer.

Mit diesen Änderungen wird das Protokoll genehmigt.

6 Änderung der Betriebsvereinbarung für die Kindertagesstätte Zauberredder 2007/150
- Antrag der Lebenshilfe -

Frau Heitmann stellt die Beschlussvorschläge der Verwaltung vor. Hierzu führt sie aus, dass die Lebenshilfe als Trägerin der Kindertagesstätte Zauberredder anstatt der genehmigten 4 Integrationskinder insgesamt 9 Integrationskinder aufgenommen hat.

Der Kreis Stormarn als Genehmigungsbehörde habe nunmehr diesen Verstoß nicht länger geduldet. Aus diesem Grund haben die Lebenshilfe und die beteiligten Behörden zusammen als Lösung vorgeschlagen, eine weitere Regelgruppe bis zum 31.07.2008 in eine Integrationsgruppe umzuwandeln und diese neben der bereits bestehenden Integrationsgruppe ausnahmsweise mit 5 : 10 und 11 : 4 Kindern zu betreiben. Zur Umsetzung dieses Vorschlages ist die Zustimmung der Stadt Ahrensburg erforderlich.

Die Verwaltung erläutert weiter, dass die Lebenshilfe eine Alternativlösung favorisieren würde. Diese beinhaltet, dass 2 Regelgruppen mit 17 : 2 Kindern und eine Integrationsgruppe mit 10: 5 Kindern bis zum 31.07.2008 betrieben würden. Der Kreis Stormarn kann dieser Regelung zurzeit jedoch aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nicht zustimmen. Fraglich ist außerdem, ob die KosoZ (Koordinierungsstelle sozialer Hilfen der schleswig-holsteinischen Kreise) diese Konstellation finanzieren würde.

Zu den weiteren Beschlussvorschlägen erläutert die Verwaltung, dass nach Rückfrage beim Kreissozialamt kein weiterer Bedarf für zusätzliche Integrationsgruppen in Ahrensburg bestehe, welches auch in der Anlage 3 der Vorlage schriftlich vorliegt.

Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung vor, die Containerlösung abzulehnen.

Die Verwaltung erklärt, dass es in den Ahrensburger Einrichtungen insgesamt 42 Integrationsplätze gibt. Davon entfallen 29 Plätze auf den Integrationskindergarten Regenbogenhaus, 5 Plätze auf den Integrationskindergarten Zauberredder, 4 Plätze auf die Kindertagesstätte Gartenholz und 4 Plätze auf die Kindertagesstätte Sonnenhof. Von diesen 42 Plätzen sind aktuell 24 Plätze durch Ahrensburger Kinder belegt. Die verbleibenden 18 Integrationsplätze werden von behinderten Kindern aus dem Umland belegt.

Nach dem Kindertagesstättengesetz sind Integrationsangebote wohnortnah anzubieten. Die Verwaltung vertritt deshalb den Standpunkt, dass die Integrationsplätze in Ahrensburg vorrangig durch Ahrensburger Kinder zu belegen sind. Da 18 Plätze durch auswärtige behinderte Kinder belegt sind, sieht sie für Ahrensburg nicht den Bedarf, weitere Integrationsplätze zu schaffen. Vielmehr sei der Träger gefordert, mit den Umlandgemeinden Integrationsangebote für die behinderten Kinder dieser Gemeinden zu schaffen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Dzyk, Fachdienstleiter für Familie und Schule des Kreises Stormarn (Heimaufsicht), dass die gesetzliche Regelung 11 Regelkinder zu 4 behinderten Kinder laute. Eine andere gesetzliche Grundlage gibt es nicht. Andere praktizierte Verteilerschlüssel, wie beispielsweise 10 : 5 oder

17 : 2, entsprechen nicht den gesetzlichen Vorgaben und resultieren aus einer Zeit als ein Schlüssel für die Belegung von Integrationsgruppen noch nicht geregelt war.

Herr Dzyk räumt jedoch ein, dass, sofern die KosoZ dem Alternativvorschlag der Lebenshilfe folgen würde, auch der Kreis Stormarn seine Zustimmung ggf. erteilen würde.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Aschmann führt die Verwaltung aus, dass für die Betreuung von 25 Regelkindern in einer Gruppe die Genehmigung des Kreises Stormarn, sprich der Heimaufsicht, erforderlich ist. Für diesen Vorschlag habe der Kreis seine Genehmigung erteilt.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten Wilmer erklärt Frau Keil, Beiratsvorsitzende aus der Kindertagesstätte Zauberredder, dass den Eltern aufgrund der nun einmal gegebenen Situation an einer Sondergenehmigung für die Kita Zauberredder sehr gelegen ist. Dabei stellt sie die Bedürfnisse der Kinder heraus, die zum einen als behinderte Kinder eine besondere Förderung benötigen und zum anderen als nicht behinderte und behinderte Kinder sich eine konstante Struktur und Betreuung in ihrer Kindertagesstätte wünschen.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten Wilmer versichert Herr Hermannsen vom Lebenshilfswerk Stormarn gGmbH, dass der Stadt Ahrensburg für Aufstellung und Betrieb des Containers keine zusätzlichen Kosten entstehen würden. Diese Aussage begründet er damit, dass sich der Zuschussbetrag der Stadt Ahrensburg auf die Regelplätze beziehe und diese würden sich bei 4 Integrationsgruppen um 2 Plätze reduzieren. Die Integrationsplätze hingegen zählen doppelt und werden durch die Stadt Ahrensburg nicht finanziert. Anschluss und Aufstellungskosten für den Container trägt die Lebenshilfe selbst.

Zur Bedarfssituation führt Herr Hermannsen aus, dass bei der Lebenshilfe zurzeit mehr Integrationskinder angemeldet als das Kreissozialamt aktuell finanziert. Insofern sind die Zahlen des Kreissozialamtes nicht aktuell. Auf Nachfrage des Stadtverordneten Aschmann erklärt Herr Hermannsen, dass zum neuen Kindergartenjahr am 01.08.2008 18 Kinder auf der Warteliste für Integrationsplätze stehen. Davon sind 6 Kinder aus Ahrensburg. Es werden insgesamt 7 Plätze frei.

Nach weiterer kontroverser Diskussion merkt die Verwaltung an, dass die Stadt Ahrensburg zunächst den Ahrensburger Kindern verpflichtet ist. Bei der Vielzahl der Integrationsplätzen in Ahrensburg sei der Bedarf für Ahrensburger behinderte Kinder gedeckt. Bei einer vorrangigen Aufnahme von Ahrensburger Kindern ist das Gesamtkontingent an Integrationsplätzen nicht einmal ausgeschöpft.

Der Bedarf für einen Container, um zusätzliche Integrationsplätze zu schaffen, die auch mit der neuen Schaffung von 11 Regelplätzen verbunden sind, ist aus Sicht der Verwaltung nicht gegeben. Gerade im Stadtteil Hagen ist die Versorgungsquote übererfüllt.

Vielmehr müssen auch die Umlandgemeinden Integrationsgruppen schaffen, um eine wohnortnahe Betreuung dieser Kinder zu gewährleisten.

Die Ausschussvorsitzende Brandt fasst alle Aspekte abschließend zusammen und schlägt vor, über die Beschlussvorschläge 1, 3, 4 und 5 der Vorlage nicht

zu beschließen.

Vor Beschlussfassung ist hier zu klären, aus welchen Gemeinden die übrigen 12 Integrationskinder, die bei der Lebenshilfe auf der Warteliste stehen, kommen. Frau Wilmer bittet darum, dann auch die Versorgungsquoten bei Aufstellung eines Containers mitzuteilen.

Anschließend wird nur über den Beschlussvorschlag 2 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Das Schreiben der Kreis Elternvertretung vom 02.12.2007 (Eingang 07.12.2007) wird verteilt.

Anmerkung der Verwaltung:

Zahlen mit Stand vom 30.07.2007 (s. Vorlagen-Nr.: 2007/093)

01.08.2007:

Anzahl der 3-6 jährigen Kinder	836
Elementarplätze gesamt Ahrensburg	794
Versorgungsquote	94,98 %
Nach Stadtteilen getrennt:	
Hagen	96,52 %
West	76,77 %
Mitte	116,28 %
Gartenholz	92,70 %

Mit Containeraufstellung und insgesamt 4 Integrationsgruppen (d.h. auch keine Halbtagsplätze mehr) zum 01.08.2008:

Anzahl der 3 – 6 jährigen Kinder	803
Elementarplätze gesamt Ahrensburg	799
Versorgungsquote	99,50 %
Nach Stadtteilen getrennt:	
Hagen	108,10 %
West	84,05 %
Mitte	114,16 %
Gartenholz	89,44 %

Bei dem Alternativvorschlag (eine Regelgruppe und zwei I-Gruppen) beträgt die Versorgungsquote zum Sommer 2008 insgesamt 98,26 %.

Nach Stadtteilen getrennt:

Hagen	103,33 %
West	84,05 %
Mitte	114,16 %
Gartenholz	89,44 %

Für 2009 mit Containeraufstellung (4 Integrationsgruppen) beträgt die Versorgungsquote im gesamten Stadtgebiet 105,55 %.

Nach Stadtteilen getrennt:

<i>Hagen</i>	<i>120,11 %</i>
<i>West</i>	<i>90,70 %</i>
<i>Mitte</i>	<i>112,61 %</i>
<i>Gartenholz</i>	<i>96,95 %</i>

- Abrechnung 2006**- Zwischenbericht 2007/Haushaltsplan 2008**

Die Fachdienstleiterin Haebenbrock-Sommer stellt zunächst die Abrechnung 2006 vom Peter-Rantzau-Haus vor. Sie berichtet, dass das Budget nicht ausgeschöpft wurde, die Abrechnungen sind ordnungsgemäß erfolgt und die Überzahlung bereits erstattet. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen. Zur Verständnisfrage von Herrn Aschmann erläutert Frau Haebenbrock-Sommer, dass der als Haushaltsansatz genannte Betrag von 133.200 € der städtische Anteil von 90 % ist.

Zum Zwischenbericht 2007 berichtet die Verwaltung, dass der Versicherungsgeber aufgrund steigender Einbrüche im Peter-Rantzau-Haus wie auch in anderen Einrichtungen der Stadt den Einbau einer Einbruchmeldeanlage gefordert habe. Im Hinblick auf den geplanten Neubau hatte sich der Versicherungsgeber bereit erklärt, diese Auflage zunächst zu schieben. Dieses Eingeständnis wurde jedoch zurückgezogen, da wiederholt Einbrüche stattgefunden haben. Die AWO als Betreiber des Peter-Rantzau-Hauses hat zum 01.01.2008 nun einen Versicherungsgeber gefunden, der bereit ist, auf die Einbruchmeldeanlage zu verzichten. Die Verwaltung merkt an, dass zukünftig mehr auf einbruchsichernde Maßnahmen beim Bau und bei der Konzeption sozialer Einrichtungen zu achten ist.

Zum Haushaltsplan 2008 merkt die Verwaltung an, dass künftig vakante Stellen bis max. 2010 befristet wieder besetzt werden dürfen. Frau Hofmann, Leiterin des Peter-Rantzau-Hauses, bittet, die aktuell zu vergebende Reinigungskraftstelle nicht nur bis 2009, sondern auch bis 2010 befristet vergeben zu dürfen. Hiergegen werden vonseiten der Sozialausschussmitglieder keine Bedenken erhoben. Über die Beschlussvorschläge 1 bis 5 wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:**Alle dafür**

**8 Förderung der Beratungsstelle PRO FAMILIA in Ahrens- 2007/124
burg**

Die Verwaltungsvorlage wurde bereits in der vorangegangenen Sozialausschusssitzung besprochen und diskutiert. Über den Beschlussvorschlag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

9 Antrag auf Bezuschussung der Raumnutzungskosten im Peter-Rantzau-Haus für die Morbus Bechterewgruppe in Ahrensburg 2007/151

Die Verwaltung stellt den Beschlussvorschlag vor und erläutert die Anlagen.

Der Ausschuss bittet den Vertreter der Gruppe, sich auch an andere Kommunen zu wenden, um ggf. von dort auch Zuschüsse zu erhalten.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

**10 Jugendplan der Stadt Ahrensburg
- Sachstand, Ziele und Perspektiven der städtischen und
städtisch geförderten Kinder- und Jugendarbeit**

2007/105/1

Stadtverordneter Aschmann bittet darum, weiterhin zu versuchen, Spenden für die Schularbeitenhilfe einzuwerben.

Über die Beschlussvorschläge 1 bis 4 wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

**11 Anträge des Kinder- und Jugendbeirates aus dem Projekt 2007/152
Jugend im Rathaus
- Sachstand -**

Der Stadtjugendpfleger, Herr Ropers, stellt 2 Anträge des Kinder- und Jugendbeirates vor.

Bei dem ersten Antrag geht es um die Verbesserung der Aufklärung an den Schulen. Ergänzend zum Unterricht soll den Schülern auf freiwilliger Basis ein „Babygruppenprojekt“ angeboten werden.

Auf Nachfrage erklärt der Kinder- und Jugendbeirat, dass dieser Antrag aus dem Projekt Jugend im Rathaus erfolgt sei. Gemeint ist damit, dass hauptsächlich Schülerinnen und Schüler der Haupt- und Förderschulen den Sexualaufklärungsunterricht an ihrer Schule inhaltlich nicht aufklärend genug finden. Auch regten die Schülerinnen und Schüler an, die Aufklärungsinhalte schon frühzeitiger (evtl. andere Klassenstufe) zu vermitteln.

Der Sozialausschuss nimmt diese Erklärung zur Kenntnis, stellt jedoch fest, dass hierfür die Schulen zuständig sind. Dieser Antrag soll in einer nächsten Schulleiterbesprechung zuständigkeitshalber an die Schulen weitergeleitet werden.

Herr Ropers erläutert den zweiten Antrag des Kinder- und Jugendbeirates. Hierbei geht es darum, Wohnraum für Jugendliche in Ahrensburg zu schaffen. Zur Diskussion stehen die Holzhäuser am Parkplatz Reeshoop. Die Verwaltung berichtet, dass diese Häuser zurzeit leer stehen und nicht zur Unterbringung von Obdachlosen benötigt werden. Die Rücksprache beim zuständigen Fachdienst Zentrales Gebäudemanagement ergab, dass der Betreuungsaufwand für eine solche Wohnung so umfangreich angesehen wird, dass er vom Fachdienst IV.4 nicht geleistet werden kann. Die Warmmiete pro Zimmer beträgt 200 €. Evtl. könne eine gemeinnützige Organisation das Objekt mieten und an die Jugendlichen untervermieten.

Bürgerliches Mitglied Holers wie auch der Kinder- und Jugendbeirat erläutern, dass Tenor des Antrages war, preiswerten Wohnraum für Jugendliche in Ahrensburg bereit zu stellen. Einen Bedarf zur Betreuung dieser Jugendlichen sehen sie nicht. Die Verwaltung erinnert, dass es auch schon in früheren Jahren Initiativen der Stadt gab, in denen Wohnraum für Azubis aus Partnerstädten oder noch früher für Ahrensburger Jugendliche bereitgestellt wurden.

Der Sozialausschuss nimmt den Antrag zur Kenntnis und vertritt die Auffassung, dass hier der zuständige Finanzausschuss federführend ist.

**12 Erlass der Haushaltssatzung 2008 für das Haushaltsjahr 2007/115
2008**

- Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts -

Die Verwaltung stellt folgende Änderungen vor:

HHSt. 4515.7077 - Zuschuss an den Stadtjugendring für Moderatorenausbildung -

Herr Ropers erläutert den Antrag des Stadtjugendring Ahrensburg e.V. vom 03.12.2007.

Für die Moderationsausbildung werden 2.000 € benötigt. Allerdings wird vorgeschlagen, dass eine arbeitsrechtliche Vertragsbindung für 5 Jahre erfolgen sollte. Bei vorzeitiger Vertragsauflösung soll der Betrag anteilig an die Stadt zurückgezahlt werden. Der Deckungsvorschlag ergibt sich durch einen niedrigeren Ansatz bei der HHSt. 4515.7075 (Zuschuss an den Stadtjugendring, Das Buch 2008 bis 2010). Hier werden statt der veranschlagten 3.000 € nur ca. 2.000 € benötigt. Weitere 1.000 € können als Deckungsvorschlag von der HHSt. 4604.5621 (Fortbildungskosten) herangezogen werden. Hier werden statt der veranschlagten 5.000 € nur 4.000 € benötigt.

Die HHSt. 4604.6580 (Erstattung an SBA/Bauhof) kann von bisher 1.500 € auf 500 € reduziert werden.

Die HHSt. 4608.6521 (Fernmeldegebühren) muss von bisher 900 € auf 1.200 € aufgestockt werden.

Die Ausschussvorsitzende Brandt beantragt auf Bitte des Vereins für Tagesmütter und -väter e. V., den Ansatz bei der HHSt. 4645.7016 von 35.000 € wieder auf 40.200 € zu erhöhen. Hierüber wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Ebenso wird beantragt, bei der HHSt. 4001.6550 (Kosten für die Erstellung eines Mietspiegels) den Ansatz in Höhe von 10.000 € zu streichen. Über diesen Antrag wird abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 5 dafür
1 dagegen**

Herr Aschmann stellt die Frage, ob eine Vollzeitstelle im UA 4002 – Rentenberatung- ausgelastet ist.

Anmerkung der Verwaltung:

Zu den Aufgaben gehört insbesondere die Aufnahme und Prüfung von Rentenanträgen, sowie die Weiterleitung an die Rentenversicherungsträger. Es werden Aufträge auf Kontenklärung aufgenommen und weitergeleitet; Zeugenerklärungen in Rentenversicherungsangelegenheiten aufgenommen so-

wie Unterschriften, Fotokopien und Abschriften beglaubigt.

Im Jahre 2006 gab es 610 Beratungsgespräche für Ahrensburger Bürgerinnen und Bürger in Rentenangelegenheiten.

Daraus resultierten 266 abschließende Rentenanträge und 132 Verfahren zur Kontenklärung, sowie 72 Anträge auf Feststellung von Kinderziehungszeiten.

Die Rentenberatung, die im Rathaus angeboten wird, wird durch die Ahrensburger Bürger stark nachgefragt; aufgrund der demoskopischen Entwicklung und auch gesetzlichen Neuregelungen ist eine stärkere Nachfrage bemerkbar.

Des Weiteren werden Anträge auf Befreiung der Rundfunkgebührenpflicht bearbeitet und weitergeleitet (im Jahre 2006 600 Anträge), ebenso verhält es sich mit Anträgen für einen Sozialtarif der Telekom.

Der Stelleninhaber bearbeitet weiter die Stundungen, Niederschlagungen und den Erlass von Forderungen im Fachdienst II.4 – Obdachlosenangelegenheiten- sowie Buchungsaufgaben im Zahlungsverkehr.

Stadtverordnete Wilmer kündigt zur kommenden Stadtverordnetenversammlung einen Antrag an. Es wird beantragt, die Essensgebühr für die nach der Sozialstaffel in S 0 eingestuften um 50 % und somit auf 25 € Essensgebühr zu reduzieren. Hintergrund dieses Antrages ist, dass zunehmend Eltern ihre Kinder von der Mittagsverpflegung abmelden, weil sie den Monatsbeitrag von 50 € für die Mittagsverpflegung in Ahrensburger Kindertageseinrichtungen nicht aufbringen können. Die Kosten belaufen sich auf ca. 40.000,00 Euro.

Stadtverordneter Aschmann kündigt ebenfalls einen Antrag zur kommenden Stadtverordnetenversammlung an. Hiernach beantragt die WAB-Fraktion eine Gebührenermäßigung für das 3. Kindergartenjahr. Denkbar sind unterschiedliche Varianten und Ermäßigungsbeträge, so z. B. eine Reduzierung auf 33 % Elternbeitrag im 3. Kindergartenjahr auf alle Betreuungszeiten oder nur auf die ersten 4 Betreuungsstunden.

Die Verwaltung merkt hierzu an, dass diese Haushaltsentlastung nicht immer den Kindern zugute kommt und schlägt deshalb vor, die Kinder statt dessen direkt zu fördern und dies am besten mit mehr Personal.

Für den Kostenausgleich von Krippenplätzen in Hamburg und anderen Gemeinden soll ein Haushaltstitel von 30.000 € mit Sperrvermerk zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung wird zum Februar 2008 eine Vorlage nebst Richtlinie hierzu vorstellen. Über den Haushaltsplan, die aktuellen Veränderungslisten und die vorgetragenen Änderungen wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

13 Finanzplanung und Investitionsprogramm 2007 - 2011

2007/116

Über die Finanzplanung und das Investitionsprogramm 2007 bis 2011 wird ohne Aussprache mit der Veränderung aufgrund des Beschlusses zu TOP 10 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

14 Verschiedenes

14.1 Termin zum Koordinationsgespräch der Altenplanung

Frau Haebenbrock-Sommer erinnert an das im Betreff genannte Gespräch, das am 20.12.2007 um 20:00 Uhr stattfinden soll. Die Ausschussmitglieder bitten, sofern möglich, diesen Termin in den Januar 2008 zu verschieben, weil viele den festgesetzten Termin nicht wahrnehmen können.

14.2 Rundgang Bruno-Bröker-Haus

Die Ausschussmitglieder bedanken sich bei Frau Gutzeit und Herrn Meyerink für die Vorstellung des Bruno-Bröker-Hauses. Stadtverordneter Aschmann ist erstaunt und erfreut über die Vielzahl der Besucher und die vielen Interessensangebote. Der Jugendhausleiter, Herr Meyerink, bedankt sich für den Besuch des Sozialausschusses.

14.3 Zum Jahresschluss

Die Ausschussvorsitzende Brandt wie auch die Vertreter der Verwaltung bedanken sich für die nette Ausschussarbeit und die gute Zusammenarbeit.

gez. Doris Brandt
Vorsitz

gez. Anja Gust
Protokoll